

Art. 5. - Dit besluit treedt in werking op 1 september 2020.

Art. 6. - De minister bevoegd voor Opleiding is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 27 augustus 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
H. MOLLERS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/203948]

10. SEPTEMBER 2020 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung und des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einführung einer Regelung für vom Staat bezuschusstes Vertragspersonal bei bestimmten lokalen Behörden, Artikel 4 § 2;

Aufgrund des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 3 Absatz 2 Nummern 1 und 2, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absatz 2 Nummer 2, Artikel 6 Absatz 2, Artikel 7 Absatz 2, Artikel 8 Absatz 3 Nummer 3, Artikel 11 § 4, Artikel 14 § 3, Artikel 16 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, Artikel 21 § 4 Nummer 2 und Artikel 26 § 4 Nummer 2;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;

Aufgrund des Protokolls Nr. S3/2020 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. Juni 2020;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 24. Juni 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 25. Juni 2020;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 67.745 des Staatsrates, das am 12. August 2020 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates vom 7. August 2020;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung wird wie folgt ersetzt:

"Art. 2 - Nichtbeschäftigten Arbeitssuchenden gleichzusetzende Personen

Einem nichtbeschäftigten Arbeitssuchenden im Sinne von Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets sind folgende Personen gleichzusetzen:

1. die ehemaligen nichtbeschäftigten Grenzgänger im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlamentes und Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, insofern sie:

- a) beim Arbeitsamt als arbeitssuchend eingetragen sind;
- b) nicht der Schulpflicht unterliegen;
- c) nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben;

2. Personen, die im Rahmen der in Artikel 60 § 7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfzentren erwähnten Maßnahme beschäftigt sind, insofern sie:

- a) ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;
- b) nicht der Schulpflicht unterliegen;
- c) nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben;

3. Personen, die Anrecht auf die in Artikel 14 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge erwähnte Zielgruppenermäßigung hatten, mit Ausnahme der Arbeitnehmer, die in den Anwendungsbereich von Artikel 14 § 1 Nummer 3, § 2 Nummer 3 und § 3 Nummer 3 desselben Erlasses fallen, insofern sie:

- a) ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;
- b) nicht der Schulpflicht unterliegen;
- c) nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben;
- d) das Ende der Regelförderdauer der vorerwähnten Zielgruppenermäßigung erreicht haben."

Art. 2 - Artikel 3 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. der Unterbrechungszeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt, insofern die Gesamtdauer dieses Unterbrechungszeitraums nicht mehr als 30 Tage beträgt;"

2. in Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "oder über die Mutterschaftsversicherung, der in einem Zeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt liegt" ersetzt durch die Wortfolge ", sowie der innerhalb eines Zeitraums der Eintragung beim Arbeitsamt liegende Zeitraum des Bezugs einer Entschädigung in Anwendung der gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Bestimmungen über die Mutterschaftsversicherung";

3. in Absatz 1 Nummer 6 wird die Wortfolge ", der in einem Zeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt liegt" gestrichen.

Art. 3 - In denselben Erlass wird folgender Artikel 5.1 eingefügt:

"Art. 5.1 - Beschäftigungsformen

Die in Artikel 16 des Dekrets erwähnten Beschäftigungsformen sind:

1. die in Titel VII des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge erwähnten Studentenverträge;

2. die in Artikel 17 § 1 des Königlichen Erlasses vom 28. November 1969 zur Ausführung des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer erwähnten Beschäftigungsformen;

3. eine Beschäftigung als Arbeitnehmer im Sinne von Artikel 31ter des Königlichen Erlasses vom 28. November 1969 zur Ausführung des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer."

Art. 4 - In Artikel 6 § 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge "2 Monate" ersetzt durch die Wortfolge "70 Tage".

Art. 5 - Artikel 9 Absatz 1 Nummer 1 desselben Erlass wird wie folgt ersetzt:

"1. ist der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende in einer Beschäftigungszelle gemäß Kapitel 4 des Königlichen Erlasses vom 9. März 2006 über die Aktivierungspolitik bei Umstrukturierungen eingetragen oder im Besitz der in Artikel 15/1 desselben Erlasses erwähnten Ermäßigungskarte für Umstrukturierungen;"

Art. 6 - Artikel 11 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 2 wird die Wortfolge "oder eines Diploms, das ein niedrigeres Sprachniveau bescheinigt" ersetzt durch die Wortfolge ", eines Zertifikats oder Diploms, die ein niedrigeres Sprachniveau bescheinigen";

2. folgender Absatz 3 wird eingefügt:

"Unter dem in Absatz 1 erwähnten Diplom sind ebenfalls Abschlusszeugnisse des Primarschulwesens sowie alle höherwertigen Abschlusszeugnisse zu verstehen."

Art. 7 - In Artikel 15 Absatz 1 Nummer 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge ", der eine Klausel enthält, die den AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten darüber aufklärt, dass die Kündigungsfrist gemäß Artikel 37/5 des vorerwähnten Gesetzes vom 3. Juli 1978 sieben Tage beträgt" gestrichen.

Art. 8 - In Artikel 22 desselben Erlasses wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Erreicht der Betrag in Anwendung von Absatz 1 den Bruchteil eines Euros, wird dieser Bruchteil eines Euros zum vollständigen Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht."

Art. 9 - In Kapitel 3 Abschnitt 4 desselben Erlasses wird folgender Artikel 22.1 eingefügt:

"Art. 22.1 - Juristische Umgestaltung des Arbeitgebers

Der genehmigte Zuschuss für die Beschäftigung eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten kann für die Weiterbeschäftigung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten im Falle einer Fusion, einer Aufspaltung oder einer anderen juristischen Umgestaltung des Arbeitgebers übernommen werden.

Die im vorliegenden Artikel beschriebene Situation gilt nicht als Neueinstellung."

Art. 10 - In Artikel 34 desselben Erlasses wird zwischen die Absätze 3 und 4 folgender Absatz 4 eingefügt: "Die in Absatz 1 erwähnte Weiterbeschäftigung ist ebenfalls möglich im Falle einer Fusion, einer Aufspaltung oder einer anderen juristischen Umgestaltung des Arbeitgebers."

Art. 11 - In Kapitel 4 Abschnitt 2 Unterabschnitt 5 desselben Erlasses wird folgender Artikel 47.1 eingefügt:

"Art. 47.1 - Juristische Umgestaltung des Arbeitgebers

Der genehmigte Zuschuss für die Beschäftigung eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten kann für die Weiterbeschäftigung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten im Falle einer Fusion, einer Aufspaltung oder einer anderen juristischen Umgestaltung des Arbeitgebers übernommen werden.

Die im vorliegenden Artikel beschriebene Situation gilt nicht als Neueinstellung."

Art. 12 - In Artikel 4 § 3 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017, werden die Absätze 2 und 3 durch folgende Absätze 2 - 4 ersetzt:

"Der Minister kann die Zuschüsse zum 1. Januar eines jeden Jahres im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel anpassen, indem der Indexstand des Monats März des vorhergehenden Kalenderjahres durch den Indexstand des Monats März des vorletzten Kalenderjahres geteilt wird und mit dem zum Zeitpunkt der Indexierung gültigen Zuschuss multipliziert wird.

Als Grundlage für den Vergleich der Indexzahlen dient der Gesundheitsindex, wie er durch Königlichen Erlass vom 24. Dezember 1993 zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit des Landes eingeführt wurde.

Erreicht der Betrag in Anwendung von Absatz 1 den Bruchteil eines Euros, wird dieser Bruchteil eines Euros zum vollständigen Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht."

Art. 13 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Veröffentlichung im belgischen Staatsblatt in Kraft.

Art. 14 - Der Minister für Beschäftigung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.
Eupen, den 10. September 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH
Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/203948]

10 SEPTEMBRE 2020. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi et l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux, l'article 4, § 2;

Vu le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, l'article 3, alinéa 2, 1° et 2°, l'article 4, alinéa 3, l'article 5, alinéa 2, 2°, l'article 6, alinéa 2, l'article 7, alinéa 1, l'article 8, alinéa 3, 3°, l'article 11, § 4, l'article 14, § 3, l'article 16, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 12 décembre 2019, l'article 21, § 4, 2°, et l'article 26, § 4, 2°;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

Vu le protocole n° S5/2020 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone du 19 juin 2020;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 24 juin 2020;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 25 juin 2020;

Vu l'avis n° 67.745 du Conseil d'État, donné le 12 août 2020, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant l'avis du Conseil économique et social, donné le 7 août 2020;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. - L'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi est remplacé par ce qui suit :

« Art. 2 - *Personnes assimilées à des demandeurs d'emploi inoccupés*

Sont assimilés à des demandeurs d'emploi inoccupés au sens de l'article 3, 3°, du décret :

1° les anciens frontaliers, inoccupés, au sens du règlement (CE) n° 883/2004 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale s'ils :

a) sont inscrits comme demandeurs d'emploi auprès de l'Office de l'emploi;

b) ne sont pas soumis à l'obligation scolaire;

c) n'ont pas atteint l'âge légal de la retraite;

2° les personnes occupées dans le cadre de la mesure mentionnée à l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale si elles :

a) ont leur domicile en région de langue allemande;

b) ne sont pas soumises à l'obligation scolaire;

c) n'ont pas atteint l'âge légal de la retraite;

3° les personnes qui avaient droit à la réduction pour groupe cible mentionnée à l'article 14 de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale, à l'exception des travailleurs auxquels s'applique l'article 14, § 1^{er}, 3°, § 2, 3°, et § 3, 3°, du même arrêté si elles :

a) ont leur domicile en région de langue allemande;

b) ne sont pas soumises à l'obligation scolaire;

c) n'ont pas atteint l'âge légal de la retraite;

d) ont atteint le terme de la durée régulière de soutien en ce qui concerne la réduction pour groupe cible susmentionnée. »

Art. 2. - À l'article 3 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° la période d'interruption de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi, si sa durée totale n'est pas supérieure à trente jours; »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° la période qui a donné lieu au paiement d'une indemnité en application des dispositions légales et réglementaires en matière d'assurance obligatoire contre la maladie et l'invalidité, ainsi que celle située dans une période d'inscription auprès de l'Office de l'emploi et qui a donné lieu au paiement d'une indemnité en application des dispositions légales et réglementaires en matière d'assurance-maternité; »;

3° dans l'alinéa 1^{er}, 6°, les mots « située dans une période d'inscription auprès de l'Office de l'emploi » sont abrogés.

Art. 3. - Dans le même arrêté, il est inséré un article 5.1 rédigé comme suit :

« Art. 5.1 - *Types d'occupation*

Les types d'occupation visés à l'article 16 du décret sont :

1° les contrats d'occupation d'étudiants mentionnés au titre VII de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail;

2° les types d'occupation mentionnés à l'article 17, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 28 novembre 1969 pris en exécution de la loi du 27 juin 1969 révisant l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs;

3° une occupation comme travailleur au sens de l'article 31^{ter} de l'arrêté royal du 28 novembre 1969 pris en exécution de la loi du 27 juin 1969 révisant l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs. »

Art. 4. - Dans l'article 6, § 3, du même arrêté, les mots « deux mois » sont remplacés par les mots « septante jours ».

Art. 5. - Dans l'article 9, alinéa 1^{er}, du même arrêté, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° le demandeur d'emploi inoccupé est inscrit auprès d'une cellule pour l'emploi conformément au chapitre 4 de l'arrêté royal du 9 mars 2006 relatif à la gestion active des restructurations ou en possession de la "carte de réduction restructurations" mentionnée à l'article 15/1 du même arrêté; ».

Art. 6. - À l'article 11 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « ou d'un diplôme » sont remplacés par les mots « , d'un certificat ou diplôme »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par diplôme au sens de l'alinéa 1^{er}, il faut aussi entendre les certificats de l'enseignement primaire ainsi que tous les certificats d'un niveau plus élevé. »

Art. 7. - Dans l'article 15, alinéa 1^{er}, 3°, du même arrêté, les mots « , contenant une clause informant ledit bénéficiaire que la période de préavis est de sept jours conformément à l'article 37/5 de la loi du 3 juillet 1978 susmentionnée » sont abrogés.

Art. 8. - L'article 22 du même arrêté est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si le montant obtenu en application de l'alinéa 1^{er} se termine par une fraction d'euro, il est arrondi à l'euro supérieur ou inférieur selon que cette fraction atteint ou non 0,5. »

Art. 9. - Dans le chapitre 3, section 4, du même arrêté, il est inséré un article 22.1 rédigé comme suit :

« Art. 22.1 - *Transformation juridique de l'employeur*

En cas de fusion, de scission ou de toute autre transformation juridique de l'employeur, la subvention approuvée pour l'occupation d'un bénéficiaire d'une mesure AktiF ou AktiF PLUS peut être reprise pour le maintenir en service.

La situation décrite dans le présent article ne constitue pas un nouvel engagement. »

Art. 10. - Dans l'article 34 du même arrêté, il est inséré, entre l'alinéa 3 et l'alinéa 4, un alinéa rédigé comme suit : « Le maintien en service mentionné au premier alinéa est également possible en cas de fusion, de scission ou de toute autre transformation juridique de l'employeur. »

Art. 11. - Dans le chapitre 4, section 2, sous-section 5, du même arrêté, il est inséré un article 47.1 rédigé comme suit :

« Art. 47.1 - *Transformation juridique de l'employeur*

En cas de fusion, de scission ou de toute autre transformation juridique de l'employeur, la subvention approuvée pour l'occupation d'un bénéficiaire d'une mesure AktiF ou AktiF PLUS peut être reprise pour le maintenir en service.

La situation décrite dans le présent article ne constitue pas un nouvel engagement. »

Art. 12. - Dans l'article 4, § 3, de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017, les alinéas 2 et 3 sont remplacés par les alinéas 2 à 4 rédigés comme suit :

" Le Ministre peut, au 1^{er} janvier de chaque année, adapter les subventions dans la limite des moyens financiers disponibles, en divisant l'indice du mois de mars de l'année calendrier précédente par l'indice du mois de mars de l'avant-dernière année calendrier et en le multipliant par la subvention valable au moment de l'indexation.

L'indice-santé tel qu'établi par l'arrêté royal du 24 décembre 1993 portant exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays sert de base pour comparer les indices.

Si le montant obtenu en application de l'alinéa 1^{er} se termine par une fraction d'euro, il est arrondi à l'euro supérieur ou inférieur selon que cette fraction atteint ou non 0,5. »

Art. 13. - Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*.

Art. 14. - Le Ministre de l'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 10 septembre 2020.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,
Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH
La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias,
I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/203948]

10 SEPTEMBER 2020. — **Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid en tot wijziging van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de gesubsidieerde contractuelen (Geco's) aangesteld voor de exploitatie van containerparken**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het koninklijk besluit nr. 474 van 28 oktober 1986 tot opzetting van een stelsel van door de Staat gesubsidieerde contractuelen bij sommige plaatselijke besturen, artikel 4, § 2;

Gelet op het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, artikel 3, tweede lid, 1^o en 2^o, artikel 4, derde lid, artikel 5, tweede lid, 2^o, artikel 6, tweede lid, artikel 7, tweede lid, artikel 8, derde lid, 3^o, artikel 11, § 4, artikel 14, § 3, artikel 16, eerste lid, gewijzigd bij decreet van 12 december 2019, artikel 21, § 4, 2^o, en artikel 26, § 4, 2^o;

Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de gesubsidieerde contractuelen (Geco's) aangesteld voor de exploitatie van containerparken;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid;

Gelet op het protocol nr. S3/2020 van 19 juni 2020 van het sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 24 juni 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 25 juni 2020;

Gelet op advies 67.745 van de Raad van State, gegeven op 12 augustus 2020, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende het advies van de Sociaal-Economische Raad, gegeven op 7 augustus 2020;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. - Artikel 2 van het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid wordt vervangen als volgt :

"Art. 2 - Personen die gelijkgesteld worden met niet-werkende werkzoekenden

Volgende personen worden gelijkgesteld met een niet-werkende werkzoekende in de zin van artikel 3, 3^o, van het decreet :

1^o de werkloze voormalige grensarbeiders in de zin van de verordening (EG) nr. 883/2004 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels, op voorwaarde dat ze :

- a) bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ingeschreven zijn;
- b) niet leerplichtig zijn;
- c) de wettelijke pensioenleeftijd niet bereikt hebben;

2^o personen die tewerkgesteld zijn in het kader van de maatregel vermeld in artikel 60, § 7, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, op voorwaarde dat ze :

- a) hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben;
- b) niet leerplichtig zijn;
- c) de wettelijke pensioenleeftijd niet bereikt hebben;

3^o personen die recht hadden op de doelgroepvermindering vermeld in artikel 14 van het koninklijk besluit van 16 mei 2003 tot uitvoering van het Hoofdstuk 7 van Titel IV van de programmawet van 24 december 2002 (I), betreffende de harmonisering en vereenvoudiging van de regelingen inzake verminderingen van de sociale zekerheidsbijdragen, met uitzondering van de werknemers die binnen het toepassingsgebied vallen van artikel 14, § 1, 3^o, § 2, 3^o, en § 3, 3^o, van hetzelfde besluit, op voorwaarde dat ze :

- a) hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben;
- b) niet leerplichtig zijn;
- c) de wettelijke pensioenleeftijd niet bereikt hebben;
- d) het einde van de gewone ondersteuningsduur van de voormelde doelgroepvermindering bereikt hebben."

Art. 2. - In artikel 3 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt de bepaling onder 2° vervangen als volgt :

"2° de onderbrekingsperiode van de inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling, voor zover de totale duur van die onderbrekingsperiode niet meer dan dertig dagen bedraagt;"

2° in het eerste lid wordt de bepaling onder 3° vervangen als volgt:

"3° de periode waarin een uitkering wordt betaald met toepassing van de wettelijke en reglementaire bepalingen betreffende de verplichte ziekte- en invaliditeitsverzekering, alsook de binnen de periode van de inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling liggende periode waarin een uitkering wordt betaald met toepassing van de wettelijke of reglementaire bepalingen inzake moederschapsverzekering;"

3° in het eerste lid, 6°, worden de woorden "die binnen de periode van de inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling ligt" opgeheven.

Art. 3. - In hetzelfde besluit wordt een artikel 5.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 5.1 - Tewerkstellingsvormen

De tewerkstellingsvormen bedoeld in artikel 16 van het decreet zijn :

1° de 'overeenkomsten voor tewerkstelling van studenten' vermeld in titel VII van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten;

2° de tewerkstellingsvormen vermeld in artikel 17, § 1, van het koninklijk besluit van 28 november 1969 tot uitvoering van de wet van 27 juni 1969 tot herziening van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders;

3° een tewerkstelling als werknemer in de zin van artikel 31^{ter} van het koninklijk besluit van 28 november 1969 tot uitvoering van de wet van 27 juni 1969 tot herziening van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders."

Art. 4. - In artikel 6, § 3, van hetzelfde besluit worden de woorden "twee maanden" vervangen door de woorden "zeventig dagen".

Art. 5. - Artikel 9, eerste lid, 1°, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

"1° is de niet-werkende werkzoekende ingeschreven in een tewerkstellingscel in de zin van hoofdstuk 4 van het koninklijk besluit van 9 maart 2006 betreffende het activerend beleid bij herstructurerings- of is de niet-werkende werkzoekende houder van de 'verminderingkaart herstructurerings' vermeld in artikel 15/1 van hetzelfde besluit,"

Art. 6. - In artikel 11 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden "of van een diploma waaruit een lager taalniveau blijkt" vervangen door de woorden ", een certificaat of diploma waaruit een lager taalniveau blijkt";

2° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

"Onder 'diploma' vermeld in het eerste lid worden ook het eindgetuigschrift van het lager onderwijs, alsook alle hogere eindgetuigschriften verstaan."

Art. 7. - In artikel 15, eerste lid, 3°, van hetzelfde besluit worden de woorden "die een bepaling bevat waarin de AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigde ingelicht wordt over het feit dat de opzeggingstermijn overeenkomstig artikel 37/5 van de voormelde wet van 3 juli 1978 zeven dagen bedraagt" opgeheven.

Art. 8. - Artikel 22 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

"Indien het bedrag met toepassing van het eerste lid op een centgedeelte van een euro eindigt, wordt tot de hogere of lagere volle euro afgerond naargelang het centgedeelte al dan niet 0,5 bereikt."

Art. 9. - In hoofdstuk 3, afdeling 4, van hetzelfde besluit wordt het volgende artikel 22.1 ingevoegd, luidende :
"Art. 22.1 - Juridische omvorming van de werkgever

De goedgekeurde subsidie voor de tewerkstelling van een AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde kan overgenomen worden voor de verdere tewerkstelling van de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde in geval van een fusie, een opsplitsing of een andere juridische omvorming van de werkgever.

De in dit artikel beschreven situatie wordt niet als een 'nieuwe aanwerving' beschouwd."

Art. 10. - In artikel 34 van hetzelfde besluit wordt tussen het derde lid en het vierde lid, het volgende vierde lid ingevoegd, luidende: "De verdere tewerkstelling vermeld in het eerste lid is ook mogelijk in geval van een fusie, een opsplitsing of een andere juridische omvorming van de werkgever."

Art. 11. - In hoofdstuk 4, afdeling 2, onderafdeling 5, van hetzelfde besluit wordt het volgende artikel 47.1 ingevoegd, luidende :

"Art. 47.1 - Juridische omvorming van de werkgever

De goedgekeurde subsidie voor de tewerkstelling van een AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde kan overgenomen worden voor de verdere tewerkstelling van de AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde in geval van een fusie, een opsplitsing of een andere juridische omvorming van de werkgever.

De in dit artikel beschreven situatie wordt niet als een 'nieuwe aanwerving' beschouwd."

Art. 12. - In artikel 4, § 3, van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de gesubsidieerde contractuelen (Geco's) aangesteld voor de exploitatie van containerparken, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 28 september 2017, worden het tweede en het derde lid vervangen door het volgende tweede tot en met vierde lid, luidende :

"De Minister kan de subsidies, binnen de perken van de beschikbare financiële middelen, per 1 januari van elk jaar aanpassen door het indexcijfer van de maand maart van het vorige kalenderjaar te delen door het indexcijfer van de maand maart van het voorlaatste kalenderjaar en te vermenigvuldigen met de op het tijdstip van de indexering geldende subsidie.

Als basis voor de vergelijking van de indexcijfers dient het gezondheidsindexcijfer ingevoerd bij het koninklijk besluit van 24 december 1993 ter uitvoering van de wet van 6 januari 1989 tot vrijwaring van 's lands concurrentievermogen.

Indien het bedrag met toepassing van het eerste lid op een centgedeelte van een euro eindigt, wordt tot de hogere of lagere volle euro afgerond naargelang het centgedeelte al dan niet 0,5 bereikt.”

Art. 13. - Dit besluit treedt in werking de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Art. 14. - De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 10 september 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH
De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,
I. WEYKMANS

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[C – 2020/43198]

24 SEPTEMBRE 2020. — Arrêté du Gouvernement wallon modifiant l'arrêté du Gouvernement wallon du 8 mai 2020 portant des mesures d'urgence en matière de reprise de la formation à la conduite et abrogeant l'arrêté du Gouvernement wallon du 17 mars 2020 portant sur des mesures d'urgence en matière de formation à la conduite

Le Gouvernement wallon,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, article 20;

Vu la loi relative à la police de circulation routière, coordonnée le 16 mars 1968, article 23;

Vu la loi du 18 février 1969 relative aux mesures d'exécution des traités et actes internationaux en matière de transport par mer, par route, par chemin de fer ou par voie navigable, article 1^{er};

Vu l'arrêté royal du 23 mars 1998 relatif au permis de conduire modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 20 juillet 2017;

Vu l'arrêté royal du 29 juin 2003 relatif à la formation des conducteurs d'unités de transport transportant par la route des marchandises dangereuses autres que les matières radioactives;

Vu l'arrêté royal du 4 mai 2007 relatif au permis de conduire, à l'aptitude professionnelle et à la formation continue des conducteurs de véhicules des catégories C1, C1+E, C, C+E, D1, D1+E, D, D+E;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 8 mai 2020 portant des mesures d'urgence en matière de reprise de la formation à la conduite et abrogeant l'arrêté du Gouvernement wallon du 17 mars 2020 portant sur des mesures d'urgence en matière de formation à la conduite;

Vu l'arrêté ministériel modifiant l'arrêté ministériel du 30 juin 2020 portant des mesures d'urgence pour limiter la propagation du coronavirus COVID-19 modifié par l'arrêté ministériel du 28 juillet 2020;

Vu le rapport du 3 août 2020 établi conformément à l'article 4, 2^o, du décret du 3 mars 2016 visant à la mise en œuvre des résolutions de la Conférence des Nations unies sur les femmes à Pékin de septembre 1995 et intégrant la dimension du genre dans l'ensemble des politiques régionales, pour les matières réglées en vertu de l'article 138 de la Constitution;

Vu l'avis 67.925/2/V du Conseil d'Etat, donné le 3 septembre 2020, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que l'arrêté du Gouvernement wallon du 8 mai 2020 prévoit que les validités de documents et délais relatifs aux examens du permis de conduire expirant entre le 16 mars 2020 et le 29 septembre 2020 tous deux inclus était prolongé jusqu'au 30 septembre 2020 dans le but de laisser à leur titulaire le temps requis pour réaliser leurs démarches après la fin de la situation de confinement;

Considérant l'arrêté ministériel de la Région flamande du 24 mars 2020 contenant diverses mesures d'urgences de mobilité et de travaux publics, qui permet aux titulaires de permis de conduire provisoires expirés entre le 16 mars et le 30 décembre 2020 de passer valablement l'examen pratique le 31 décembre 2020;

Considérant l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 2 juillet 2020 portant sur des mesures de déconfinement en matière formation à la conduite pour limiter la prolifération du COVID-19, qui prend des mesures similaires et octroie une prolongation jusqu'au 31 décembre 2020 des validités et délais des documents liés aux examens du permis de conduire qui expirent entre le 13 mars et le 30 décembre 2020;

Considérant le projet d'arrêté royal modifiant certaines mesures relatives au permis de conduire par rapport à la crise à propos de COVID-19 qui prolonge la validité des permis de conduire provisoires jusqu'au 31 décembre 2020 ;

Considérant que l'objectif initial est de s'aligner avec les régions et le pouvoir fédéral afin de conduire à une cohérence en la matière pour le citoyen;

Considérant toutefois que reporter la date de prolongation automatique du 30 septembre 2020 à celle du 31 décembre 2020 ne permet pas de résorber de manière satisfaisante les cas de « retards », l'engorgement des plannings des centres d'examens et des écoles de conduite;

Qu'en effet, malgré la réouverture, des modalités sanitaires strictes ont été appliquées, telles que des mesures de limitation au niveau du nombre de participants, ce qui n'a pas permis une reprise totale des activités;

Qu'au vu de l'application de ces règles, le retard engendré pendant la période de suspension d'activités ne permet pas d'être rapidement résorbé;

Que ces modalités ont, à présent, été récemment assouplies, passant d'une gestion de crise à une gestion des risques, à l'instar d'autres secteurs (enseignement, transports en commun...);

Que, toutefois, la suppression de la limite du nombre de participants ne permettra pas de résorber l'ensemble du retard;

Qu'en effet, la majorité des plannings des écoles de conduite et centres d'examen sont complets jusqu'à la fin de l'année;